Digitalisierung schnell, zielorientiert und nutzerorientiert vorantreiben - eine Dachstrategie für die Digitalvorhaben des Landes Brandenburg entwickeln

Drucksache **8/2019** · eingebracht 2025-11-11 — Antragsteller: SPD BSW

Digitalisierung | Verwaltung | Daseinsvorsorge | Bürgerbeteiligung

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die schnelle Erstellung einer landesweiten Digitalstrategie mit klaren Zielen, partizipativem Prozess, finanzieller Absicherung und Fokus auf digitale Souveränität, Inklusion und Verwaltungsmodernisierung.

KERNFORDERUNGEN

- Entwicklung einer digitalpolitischen Dachstrategie bis Q2/2026
- Priorisierung von Verwaltungsdigitalisierung, digitaler Souveränität und Resilienz
- Einbindung von Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft
- Verknüpfung mit Digitalbudget und regelmäßiger Evaluation

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert digitale Souveränität, datenschutzkonforme Angebote und medienbruchfreien Zugang – das stärkt Menschenwürde (D1), soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5). Die Forderung nach partizipativem Strategieprozess, Berücksichtigung der Kommunen und Verknüpfung mit dem Digitalbudget fördert Solidarität (D2) und ökologische Nachhaltigkeit indirekt über Ressourceneffizienz. Einzig die fehlende explizite Verknüpfung zu Klimaschutz oder Biodiversität in digitalen Infrastrukturen (E3) und geringe Berührung von Lieferkettenethik (A1–A5) begrenzen den Score leicht.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

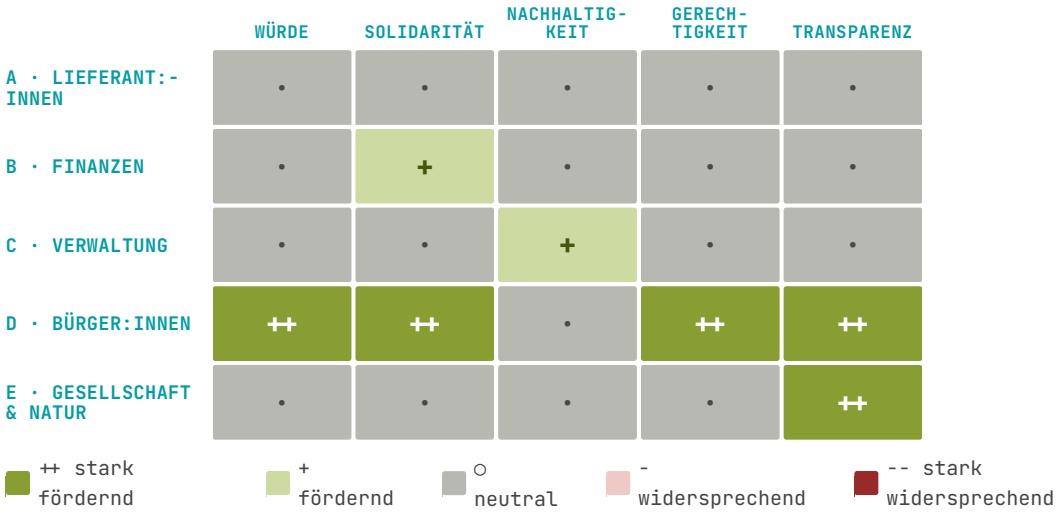
Stärken

- klare Forderung nach partizipativem Prozess
- Verknüpfung von Digitalstrategie und Digitalbudget
- Fokus auf digitale Souveränität und Resilienz
- Berücksichtigung analoger Alternativen

Schwächen

- fehlende Verknüpfung zu Klimaschutz und Ressourceneffizienz
- keine konkreten Maßnahmen zur ethischen IT-Beschaffung
- keine Benennung von Risiken wie algorithmischer Diskriminierung

GWÖ-MATRIX 5×5



SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +5`

Öffentlicher Beteiligungsprozess, Monitoring, Erfolgskriterien, Berichtspflicht an den Landtag

D1 **Menschenwürde** `Bewertung: +4`

Datenschutzkonformität, analoger Kontakt bleibt möglich, digitale Souveränität

D2 **Solidarität** `Bewertung: +4`

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen, Förderung des Digitalökosystems, Inklusion aller Bevölkerungsgruppen

D4 **Soziale Gerechtigkeit** `Bewertung: +4`

Teilhabe aller, Unterstützungsangebote, Vermeidung von Abhängigkeiten, Daseinsvorsorge-Digitalisierung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt die SPD-Brandenburg-Kernforderungen aus dem Wahlprogramm 2024 und 2019 wider: Digitalisierung als Chance für ländliche Räume (Q4), KMU-Unterstützung (Q5), Datenschutz und Datenautonomie (Q2), Radverkehr und Infrastruktur als Teil digitaler Mobilitätsplanung (Q3), sowie bürgernahe, transparente Verwaltung (Q6).

> „Der Datenschutz ist eine der großen Herausforderungen der Digitalisierung. Wir streben hohe Sicherheitsstandards und maximale Datenautonomie für die Nutzerinnen und Nutzer an."
> SPD BB Wahlprogramm 2019, S. 29

> „Wir werden kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) stärker bei der Digitalisierung unter die Arme greifen. Dazu bauen wir das System der erfolgreichen Innovations- und Digitalgutscheine aus."
> SPD BB Wahlprogramm 2019, S. 25

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Hamburger Programm betont Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Chancengleichheit (Q6, Q9). Der Antrag operationalisiert diese Werte durch partizipative Strategieentwicklung, soziale Teilhabe und Verwaltungsmodernisierung – allerdings ohne expliziten Bezug zur 'sozialen Stadtpolitik' (Q9) oder europäischer Dimension (Q8).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht nahtlos den Kernpositionen des BSW-Wahlprogramms 2024: Forderung nach schnellem Internet flächendeckend (Q10), Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung statt Abbau (Q11), Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand (Q12), Rechtsberatung als öffentliche Aufgabe (Q13), und bewusste Schaffung analoger Alternativen (Q14).

> „Wir setzen uns dafür ein, dass es überall in Brandenburg schnelles Internet gibt und die Lücken im Mobilfunk endlich flächendeckend beseitigt werden."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 36

> „Brandenburg gehört zu den Schlusslichtern bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Das muss sich dringend ändern!"
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 20

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag stimmt mit CDUs Fokus auf Technologieoffenheit, Infrastrukturausbau und Bürokratieabbau überein (NRW 2022), aber fehlt deren Betonung von Subsidiarität, Eigentum und Leistungsprinzip. Keine Quellen aus CDU Brandenburg im Index; NRW-Quellen sind nicht zulässig.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er befürwortet EU-kompatible Digitalisierung, digitale Souveränität *innerhalb* bestehender Strukturen, und keine Ablehnung der Energiewende oder Windkraft – stattdessen technologieoffene, staatlich gesteuerte Digitalisierung. Keine passenden Zitate im Index.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Dabei ist die kommunale Ebene besonders wichtig: Nur wenn Land und Kommunen gemeinsam vorgehen, kann die Digitalisierung im Land Brandenburg flächendeckend gelingen.

> Dabei ist die kommunale Ebene besonders wichtig: Nur wenn Land und Kommunen gemeinsam mit klaren Finanzierungsvereinbarungen und dezentraler Entscheidungskompetenz vorgehen, kann die Digitalisierung im Land Brandenburg flächendeckend gelingen.

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld C3 (politische Führung) und B2 (finanzielle Verantwortung) durch konkrete Subsidiaritäts- und Haushaltsverankerung.

Vorschlag 2 von 3

Original: Digitale Vorhaben müssen ziel- und nutzerorientiert gestaltet sein, damit sie einen echten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Verwaltung selbst bieten.

> Digitale Vorhaben müssen ziel- und nutzerorientiert gestaltet sein, unter besonderer Berücksichtigung ihrer klima- und ressourcenrelevanten Auswirkungen, damit sie einen echten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Verwaltung selbst bieten.

Begründung: Schließt Lücke in Feld D3 (ökologische Nachhaltigkeit) und verankert Green IT als Gemeinwohlziel.

Vorschlag 3 von 3

Original: Abhängigkeiten von Digitaldiensten und Technologien anderer Staaten sind zu vermeiden.

> Abhängigkeiten von Digitaldiensten und Technologien anderer Staaten sind zu vermeiden, insbesondere durch den Einsatz gemeinwohlorientierter Open-Source-Lösungen, lokale Hosting-Standorte und gemeindliche IT-Kooperationen.

Begründung: Verstärkt Feld A1 (Ausgelagerte Betriebe/Lieferanten) und E5 (Zukunft) durch ethische Beschaffung und regionale Wertschöpfung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

> **Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs** — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · BB8-23

Original-Antrag

Drucksache 8/2019

Digitalisierung schnell, zielorientiert und nutzerorientiert vorantreibe·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2019**
8. Wahlperiode

Antrag

der SPD-Fraktion und
der BSW-Fraktion

Digitalisierung schnell, zielorientiert und nutzerorientiert vorantreiben – eine Dachstrategie für die Digitalvorhaben des Landes Brandenburg entwickeln

Der Landtag stellt fest:

Ein funktionierender Staat muss seine Aufgaben schnell, zuverlässig und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen erfüllen. Ein wichtiger Baustein dazu ist es, Verwaltungsprozesse schneller und einfacher zu machen. Das gelingt nur mit konsequenter Digitalisierung. Diese umfasst sowohl den nutzerfreundlichen Zugang zu Verwaltungsleistungen als auch die Modernisierung von Abläufen in der Verwaltung. Dabei gilt es, die Chancen der Digitalisierung gezielt auch für den Abbau bürokratischer Hürden zu nutzen.

Dabei ist die kommunale Ebene besonders wichtig: Nur wenn Land und Kommunen gemeinsam vorgehen, kann die Digitalisierung im Land Brandenburg flächendeckend gelingen. Dafür brauchen wir partnerschaftliche Zusammenarbeit, leistungsfähige IT-Dienstleister und übertragbare Lösungen, die auch in kleinen Gemeinden einsetzbar sind. Denn Zukunftsaufgaben wie die Registermodernisierung und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, aber auch die Nutzung Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung, gelingen nur im Zusammenspiel aller relevanten Akteure.

Digitalisierung ist jedoch nicht nur ein zentrales Zukunftsthema für die Verwaltung, sondern für unsere gesamte Gesellschaft. Dabei müssen wir die Teilhabe aller in der digitalen Gesellschaft ermöglichen und die Menschen beim digitalen Wandel mitnehmen. Das heißt auch, dass digitale Lösungen nutzerfreundlich und einfach zugänglich sein müssen und es Angebote gibt, damit niemand bei der Digitalisierung den Anschluss verliert. Ein direkter Kontakt zu Behörden muss auch weiterhin möglich sein. Abhängigkeiten von Digitaldiensten und Technologien anderer Staaten sind zu vermeiden. Digitale Alternativen sind mit dem Ziel der digitalen Souveränität zu suchen und das Ziel digitaler Souveränität ist darzustellen und zu verfolgen.

Dafür braucht es eine klare strategische Richtung, um die Digitalisierung im Land Brandenburg voranzutreiben. Digitale Vorhaben müssen ziel- und nutzerorientiert gestaltet sein, damit sie einen echten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Verwaltung selbst bieten. Dafür braucht es eine zentrale, strategische Steuerung, die Prioritäten setzt, Ressourcen bündelt und Doppelstrukturen vermeidet.

Eingegangen: 11.11.2025 / Ausgegeben: 11.11.2025

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine digitalpolitische Dachstrategie für die Digitalpolitik im Land Brandenburg zügig zu entwickeln und dabei insbesondere folgende Punkte umzusetzen:

- Ziele und Zielbilder für die Digitalisierung im Land Brandenburg zu entwickeln und aufzuzeigen, wie das Land die Möglichkeiten und Chancen digitaler Technologien nutzen und mit Herausforderungen und Risiken umgehen wird;

- insbesondere die Themen zukunftsorientierte Verwaltungsdigitalisierung, digitale Souveränität und digitale Resilienz in den Mittelpunkt zu rücken; dabei ist zu berücksichtigen, dass digitale Angebote möglichst medienbruchfrei, nutzerfreundlich und datenschutzkonform zur Verfügung gestellt werden und dass es passende Unterstützungsangebote bei digitalen Verwaltungsvorgängen gibt;

- besonders die Potenziale des brandenburgischen Digitalökosystems, das von zentralen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft getragen wird, gezielt zu nutzen, um Innovationen zu fördern, digitale Abhängigkeiten zu begrenzen und vorhandene Stärken künftig besser nutzbar zu machen;

- bei der Entwicklung der Strategie die Belange der kommunalen Ebene besonders zu berücksichtigen. Im Rahmen des Strategieprozesses soll zudem geprüft werden, wie die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen in Fragen der Verwaltungsdigitalisierung weiterentwickelt und langfristig finanziert werden kann;

- dabei auch gesellschaftlich relevante Themen wie Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Teilhabe und Zusammenhalt in der Dachstrategie zu adressieren. Zu diesem Zweck sollte zudem ein angemessener öffentlicher Beteiligungsprozess stattfinden;

- die Strategie mit konkreten Vorhaben und Maßnahmen zu untersetzen, die auf die Ziele und Zielbilder einzahlen. Die Vorhaben sollten zudem mit konkreten Zielen, Meilensteinen und Erfolgskriterien ausgestattet werden, um ein Monitoring und eine Evaluation der Strategie zu ermöglichen;

- die Strategie eng mit dem Digitalbudget zu verknüpfen, um so eine Digitalpolitik aus einem Guss zu ermöglichen;

- die Strategie dem Landtag im 2. Quartal 2026 vorzulegen und dem Landtag im Zwei-Jahres-Rhythmus, jeweils bis zum 31. März des Berichtsjahres zum Umsetzungsstand der Strategie zu berichten.

Begründung:

Eine verlässliche Digitalpolitik, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in den Mittelpunkt stellt, erfordert klare strategische Ziele und Vorgaben, als Orientierung für alle Beteiligten. Diese Vorgaben müssen im Rahmen einer Digitalstrategie konkretisiert und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren ausgearbeitet werden.

Bereits bei der Entwicklung der Strategie und ihrer Maßnahmen ist es dabei entscheidend, ein künftiges Monitoring und die Evaluation der Strategie von Beginn an mitzudenken, um Fortschritte messbar zu machen und Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen. Nur so lassen sich Maßnahmen sinnvoll priorisieren und steuern. Zur Sicherung der Umsetzung der Maßnahmen muss die Strategie finanziell im Rahmen des Digitalbudgets untersetzt sein. Damit die Umsetzung der Digitalstrategie innerhalb der laufenden Legislaturperiode gesichert ist, muss ihre Erarbeitung zügig und strukturiert erfolgen.